

PROJEKTGRUPPE INTERNATIONALISMUS

Dieses Info soll einige Vorgänge in sogenannten Entwicklungsländern exemplarisch für die Politik der westlichen Industrieländer, den kapitalistischen Metropolen, darstellen. Hier sollen Informationen gegeben werden, die in der bürgerlichen Presse unterdrückt bzw. unvollständig dargestellt werden. Damit wollen wir eine Internationalismuswoche vorbereiten, d.h. eine Woche, die den antiimperialistischen Kampf der revolutionären Befreiungsbewegungen in allen Teilen der Welt und dessen ökonomische Grundlage zum Inhalt hat. Gerade in letzter Zeit häufen sich die Meldungen über Ereignisse in der "Dritten Welt": Botschafterentführung in Guatemala und Brasilien, Einmarsch der US-Truppen nach Kambodscha, Errichtung von Militärdiktaturen in Lateinamerika, Ausrufung des Kriegsrechts in Teilen der Türkei, ...



In mehreren lateinamerikanischen Ländern hat sich die formelle bürgerliche Demokratie in offenen Faschismus verwandelt, der sich in brutalem Terror, z. B. Mordkommandos der Polizei, ausdrückt. Die Komplizenschaft einer dünnen Oberschicht, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung nur ca. 1 - 5% beträgt, an der Ausbeutung der Volksmassen und der natürlichen Ressourcen ist offenbar geworden. Die Profite der Monopole der imperialistischen Länder sind abgesichert worden und jede Art von Entwicklung wird verhindert. Wie sehr die Vorgänge in diesen Ländern verbunden sind mit dem Zustand des Spätkapitalismus in den Metropolen zeigt sich u.a. an der Einsetzung von Wissenschaft für die Aufrechterhaltung der dortigen Verhältnisse. Der Fall Fischer (Fischer noch immer Professor für angewandte Physik an der THD - arbeitet im Auftrag

Entwicklung auf der einen und Unterentwicklung auf der anderen Seite bedingen sich in dialektischer Weise gegenseitig. Darin besteht von Anfang an die ganze Geschichte des Kapitalismus. Sie wiederholt sich auf jeder erdenklichen Stufe. Es sind die beiden Seiten der kapitalistischen Medaille, die ebensowenig voneinander zu trennen sind wie Siamesische Zwillinge.
(P.M. Sweezy)

der US-Air Force an der Entwicklung eines Nahentfernungsraders für den Einsatz in SO-Asien) läßt diese Zusammenhänge sichtbar werden. Wissenschaft im Dienste der Konterrevolution wird deshalb auch zu den Themen der Anti-imperialismuswoche gehören.

Wenn wir den Damm nicht zerstören wird er uns für immer zerstören, und das weiße und rassistische Afrika wird endgültig die Partie gewonnen haben.
(Eduardo Mondlane, FRELIMO)

CABORA BASSA STAUDAMM GEGEN DIE BEFREIUNG

Die Lissaboner Regierung verfolgt mit dem Bau des Cabora Bassa Staudammes ein doppeltes Ziel: die Beschleunigung der wirtschaftlichen Ausbeutung Mozambiques mit Hilfe ausländischer Kapitalien und die Zerschlagung des Befreiungskampfes in Mozambique mit einem Menschendamm von weißen Siedlern. Die Bauarbeiten haben bereits angefangen. Der Auftrag ist an das internationale Konsortium ZAMCO ergangen. Diesem Konsortium gehören zwölf Weltfirmen an, die Anglo-American Corporation (Südafrika), Siemens, BBC, AEG-Telefunken, Voith und Hochtief (BRD), sowie französische, italienische und portugiesische Firmen. Cabora Bassa wird nach seiner Fertigstellung eine Energie von 18 Mrd. Kilowattstunden liefern - ungefähr das Doppelte von Assuan - und ca. 1 Mrd. DM kosten.

Der Bau nützt in verschiedener Weise Rhodesien, Südafrika, Portugal und der BRD, nur der afrikanischen Bevölkerung in Mozambique nützt er unter den gegebenen Umständen nicht.

Die Bundesrepublik verspricht sich einen enormen Kreditexport; Rhodesien die Lieferung des Zements, die ihm die beträchtliche Summe von 135 Mio. Pfund Sterling einbringt, einen bis zur rhodesischen Grenze schiffbaren Sambesi und später den Kauf billiger elektrischer Energie; die Südafrikanische Union verspricht sich die Ankurbelung ihrer Industrie in Transvaal, wofür es bisher an Energie mangelte und Portugal verspricht sich einerseits große Deviseneinnahmen aus dem Verkauf der Energie und andererseits die Bewässerung von 2,5 Mio. Hektar Land, was die Ansiedlung von - wie geplant - 1 Mio. weißen Siedlern erlaubt, die gleichzeitig als Damm gegen die afrikanische Befreiungsbewegung dienen sollen.

Cabora Bassa soll die "Weiße Bastion im südlichen Afrika verfestigen und damit die Versklavung der Afrikaner verewigen. Um diesen Nutzen zu sichern, beeilte sich Südafrika, seine Truppen in das Gebiet des Damms zu schicken, wengleich die portugiesischen Truppen allein - trotz NATO - Waffen und bundesrepublikanischer Militärhilfe - nicht in der Lage sind, dem Befreiungskampf einen Riegel vorzuschieben.

Wichtig sind auch die Perspektiven für die Investitionen. Mehrere amerikanische und europäische Firmen konkurrieren bereits um die Konzessionen für die Ausbeutung der Bodenschätze in diesem reichen Gebiet. Die Société des Minéraux (EWG) und die Continental Ore Company (USA) haben bereits solche Konzessionen; die französische Gruppe Schneider versprach die Finanzierung einer Stahlindustrie in Tete; Gulf Oil hat Schürfrechte für Petroleum.

Der Cabora Bassa Staudamm wird die geopolitischen Daten des südlichen Afrika umstürzen. Der Damm ist ein Teil eines Energienetzes, das die drei weißen Regierungen der Achse Pretoria - Salisbury - Lissabon verbindet und das nach der Zeitung "Johannesburg Star" den ersten Schritt zur "Etablierung einer Wirtschaftsgemeinschaft im südlichen Afrika" darstellt. Die Schiffbarmachung des Sambesi, die durch den Damm zustandekommt, erlaubt den Flußtransport in einer Länge von 800 Kilometern, von der rhodesischen Grenze bis zum Indischen Ozean. Dies bedeutet für Rhodesien und dessen rassistisches Regime einen ungeheuren Vorteil, da Rhodesien bisher keinen Zugang zum Indischen Ozean hat und nach einer Befreiung Mozambiques auch nicht haben würde.

Der militärische Stellenwert des Cabora Bassa Staudammes ist nicht weniger bedeutend. Als im Jahr 1964 der Befreiungskampf der FRELIMO in den Distrikten Niassa und Cabo Delgado im Norden Mozambiques anging, konzentrierte Portugal seine Militärkräfte entlang der Linie Nacala - Mandiba, direkt an der südlichen Grenze Tansanias, um die FRELIMO hinter dieser Linie zu halten. Jedoch durchbrachen die Befreiungskräfte 1965 diese Linie und dehnten ihre Tätigkeit weitgehend auf Niassa und Cabo Delgado aus. 1968 hielt die FRELIMO sogar ihren Kongreß in der Provinz Niassa ab und eröffnete in der Provinz Tete, wo jetzt der Damm gebaut werden soll, ihre zweite Operationszone. Mit Cabora Bassa will Portugal seine Taktik ändern. Wenn es Portugal gelingt diesen Damm zu bauen, so gelingt es ihm gleichzeitig, den Marsch der FRELIMO nach Süden zu blockieren und die Soldaten der FRELIMO daran zu hindern, sich mit den Guerillas der ANC-ZAPU zu verbinden, die am Oberlauf des Sambesi in Rhodesien kämpfen.

In den letzten Wochen verstärkte die FRELIMO ihre Aktivität im Tete-Gebiet. Dies geschah trotz des Eingreifens der südafrikanischen Truppen, die sich bereits in Chioco, Magué und Zumbo mit den FRELIMO-Guerillas konfrontiert sahen. Diese Konfrontation der Befreiungsbewegungen nicht nur mit portugiesischen, sondern auch mit südafrikanischen Truppen ist das erste Mal, daß die Auseinandersetzung von der Ebene des Kolonialkrieges auf die Stufe des direkten antiimperialistischen Kampfes verlagert wird. Hier wird sich zum großen Teil entscheiden, ob die weiße Bastion in Afrika befestigt wird und damit das südliche Afrika versklavt bleibt oder ob es sich befreit. Eine Kampagne gegen den Staudamm Cabora Bassa, in Afrika getragen von den Befreiungsbewegungen und in den Metropolen von den antiimperialistischen Kräfte, könnte der erste Schritt sein zu einer ausgedehnten Bewegung gegen die Ausbeutung des internationalen Kapitalismus im südlichen Afrika.

Faschistischer Terror und Befreiungskampf in Guatemala

1944 stürzte ein Aufstand in den Städten, der von Arbeitern, Studenten und der Mittelschicht getragen wurde, die Diktatur weniger Großgrundbesitzer und der United Fruit Company (UFCO). Dieser Aufstand brachte für zehn Jahre die nationale Bourgeoisie an die Macht.

Guatemala erhielt eine bürgerlich-demokratische Verfassung. Die Zwangsarbeit der Indianer wurde abgeschafft; die erbliche Übertragung der Schulden, die praktisch Leibeigenschaft bedeutete, wurde verboten. Neue Gesetze erlaubten den Streik und die Gründung von Gewerkschaften. Im Land begann man mit dem Bau von Schulen und Krankenhäusern. Die bei weitem wichtigste Reformmaßnahme war die geplante Landreform.

Für Guatemala hätte die Verwirklichung dieser Reformen einen großen Fortschritt bedeutet. Der Widerspruch zwischen bürgerlichen Reformgesetzen und bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnissen jedoch bezeichnet genau die Schranken, denen solche Reformen unterliegen müssen. Von den heute rund 5 Millionen Einwohnern Guatemalas sind 85% Analphabeten, 45% sprechen nur ihre indianische Muttersprache. So verwundert es nicht, daß z.B. der größte Teil der indianischen Bauern nie etwas von den zu ihren Gunsten erlassenen Gesetzen erfuhr.

In einem Gutachten der UNO wurde 1951 Guatemala als eines der Länder bezeichnet, in dem die Landreform als vordringlichste Aufgabe genannt wurde. Jeder Versuch, den Großgrundbesitz zu beseitigen, mußte mit den Besitzinteressen der UFCO zusammenstoßen. Sie besaß und besitzt die Eisenbahnen des Landes, das Straßennetz, die wichtigsten Exporthäfen am atlantischen und pazifischen Ozean, die größte Reederei und über 12% des bebaubaren Ackerlandes. Für ihre Zwecke nutzte die UFCO von diesem riesigen Landbesitz nur knapp ein Zehntel, während über 9/10 brachlagen. Den Massen der landlosen Bauern war die Bebauung dieses riesigen ungenutzten Gebietes mit allen Mitteln verwehrt - die UFCO hatte nur ein Interesse an ihnen als Arbeitskräftereservoir.



John Foster Dulles, der die Verträge der UFCO 1930 und 1936 mit der guatemalteckischen Regierung abgeschlossen hatte und auch als US-Außenminister immer noch Rechtsvertreter der UFCO blieb, verschrie die Regierungen der nationalen Bourgeoisie wegen der Landreform - trotz der geplanten Entschädigung - als kommunistisch. Der US-Unterstaatssekretär für interamerikanische Fragen und Stellvertreter von J.F. Dulles, John M. Cabot, war einer der Hauptaktionäre der UFCO. Der Präsident des Welticherheitsrates und US-Botschafter bei der UNO, Henry Cabot Lodge, beschimpfte Guatemala als kommunistisch; er war Vorstandsmitglied der UFCO. Walter Bedell-Smith, Präsident der UFCO, früher Chef des CIA, alarmierte Allen Dulles, neuer Chef des CIA, früher Präsident der UFCO und Bruder des US-Außenministers, wegen kommunistischer Umtriebe in Guatemala.

Dieses US-Gangstersyndikat stellte eine kleine, gut bewaffnete Söldnertruppe auf, gab ihr 12 Flugzeuge und überfiel 1954 Guatemala.

Die US-Imperialisten machten den Chef der Söldner zum neuen Präsidenten Guatemalas. Seine ersten Maßnahmen waren: die Kosten der CIA-Truppe wurden als Staatsschulden anerkannt, die Löhne im ganzen Land um ein Drittel gekürzt, der UFCO eiligst das enteignete Land zurückerstattet, und halb Guatemala wurde internationalen Öltrusts zur Erschließung und Ausbeutung übertragen. Mit der Invasion von 1954 begann die offene Herrschaft der faschistischen Reaktion und des US-Imperialismus.

Neben dem staatlichen Unterdrückungsapparat terrorisieren zwei faschistische Organisationen das Volk: die NOA (Nueva Organizacion Anticomunista, aus Angehörigen der Polizei) und die MANO BLANCA ("Weiße Hand", Movimiento Anticomunista Nacional Organizado, aus Angehörigen der Armee zusammengesetzt). Der Chef der MANO, Arana Osorio, wird am 1. Juli 1970 der neue Präsident Guatemalas. Die NOA und die MANO liquidieren jeden, der ihnen 'linksverdächtig' erscheint; ihre Mordkommandos, die vom staatlichen Apparat unterstützt und gedeckt werden, scheuen vor nichts zurück: 1964 verschwanden in Guatemala City in einer Nacht 35 sog. 'Linke'-Journalisten, Studenten, Rechtsanwälte, Gewerkschaftsfunktionäre, und andere. Sie waren von der Armee auf das offene Meer hinausgefliegen und abgeworfen worden. 1968 befahl der zukünftige Präsident Arana bei einer Antiguerrilla-Aktion die Abschichtung von 4000 Bauern

Der Partisanen-Kampf gegen die Diktatur begann 1960. Fortschrittliche Armeeeinheiten rebellierten. Der Aufstand mißlang, und sie mußten in die Berge flüchten. Sie nannten ihre Bewegung nach dem Datum des Aufstandes: MR 13 (Revolutionäre Bewegung vom 13. November). Mit der Unterstützung der Bauern gelang es ihnen, sich bis heute zu halten. Neben der MR 13 gibt es heute zwei weitere bewaffnete Bewegungen. Die FAR (Fuerzas Armadas Revolucionarias - Bewaffnete revolutionäre Streitkräfte), der militärische Teil der FGT (der Kommunistischen Partei Guatemalas) kämpft vor allem in der Stadt. Für die FGT ist die Guerilla allerdings nur ein taktisches Moment im Kampf; die Auseinandersetzung darüber führte zur Abspaltung der FAR-Rebelle (FAR-R). Sie ist heute die politisch und militärisch schlagkräftigste revolutionäre Bewegung, und sie führte die spektakulären Aktionen, wie zuletzt die Entführung des BRD-Botschafters, durch.

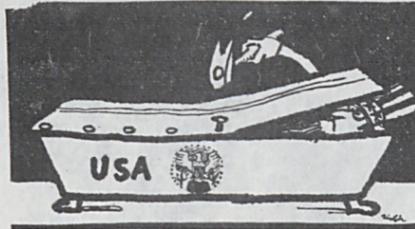
Der Kampf der guatemalteckischen Revolutionäre ist von Anfang an direkter Kampf gegen den US-Imperialismus. Er setzte das ihm hörige faschistische Militärregime ein und machte das Land zum neokolonialen Besitz weniger US-Großkonzerne.

'Special Forces'-Einheiten, von US-Beratern ausgebildet und geführt, terrorisieren die Bauern, und täglich fliegen US-Flugzeuge aus der Panama-Kanalzone Bomben- und Napalmangriffe und werfen Erntevernichtungsmittel und Entlaubungsmitteln ab.

Ohne die ständige Intervention der US-Imperialisten könnte sich das guatemalteckische Militärregime keinen Tag mehr an der Macht halten. 1968 wurden zwei US-Militärberater von der FAR-Rebelle erschossen - kurze Zeit später der US-Botschafter, der bei einer Entführungaktion zu entkommen versuchte. Anfang dieses Jahres entführte die FAR-Rebelle einen US-Diplomaten und tauschte ihn gegen fünf gefangene Revolutionäre aus. Das Mittel der Entführung ist in Guatemala eine der wenigen Möglichkeiten, politische Gefangene zu befreien, die andernfalls zu Tode gefoltert werden.

Deutscher Imperialismus in Guatemala

Nach den USA ist die Bundesrepublik die zweitstärkste imperialistische Wirtschaftsmacht in Lateinamerika. Bald an die 3 Milliarden DM sind von der westdeutschen Großindustrie dort seit dem zweiten Weltkrieg direkt investiert worden. Angetrieben von den Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals im eigenen Land, hat besonders seit und in der Rezession vor 3 Jahren die westdeutsche Kapitalistenklasse ihre imperialistische Expansion skrupellos vorangetrieben. Ein Beispiel: Im Oktober 1969 gaben die Farbwerke Hoechst bekannt, in den folgenden 5 Jahren würden allein in Lateinamerika 3 Milliarden DM Umsätze pro Jahr gemacht werden. Hoechst besitzt in Lateinamerika heute 35 Fabriken, in Guatemala-City wurden jüngst zwei weitere Werke in Betrieb genommen.



Welche Bedeutung diese Ausdehnung hat, geht schon daraus hervor, daß bereits im Jahre 1968 fünfzig Prozent des Hoechst-Gesamtumsatzes aus dem Auslandsgeschäft stammten, etwas über 3 Milliarden DM. Die für das Kapital günstigen Bedingungen sind überall die gleichen: billige Arbeitskräfte, Schutz vor Konkurrenz, ungehinderter Profit-Transfer, Steuerfreiheit usw.

In Guatemala hatte das deutsche Kapital schon vor dem zweiten Weltkrieg eine beachtliche Position erobert. Dort waren seine Investitionen von 1918 - 1940 von 35 Mio US Dollar auf 50 Mio US Dollar gestiegen. 1934 wurden 80% der gesamten Kaffeeproduktion Guatemalas von Deutschen kontrolliert, in den Provinzen San Marcos und Mazatenango sogar 100%. Die Hälfte der besten Kaffeeplantagen (Plantagen) waren deutsches Eigentum, zahlreiche Unternehmen hatten Zweigstellen in der Hauptstadt. Der Handel lag größtenteils in deutschen Händen. Die Eisenbahn in der Provinz Alta Verapaz, die einzige Verbindung zum Meer, war deutsches Eigentum. Nachdem im Weltkrieg durch den Druck der USA und nach dem Sturz der Diktatur durch die nationale Bourgeoisie der größte Teil des deutschen Landbesitzes enteignet worden war - seine Eigentümer waren meistens Sympathisanten der Nazis und hatten auch eine eigene faschistische Organisation aufgebaut -, setzte sich westdeutsches Kapital erst relativ spät wieder in Guatemala fest. Seine zweitwichtigste Handelsposition von 15% Beteiligung am Außenhandel des Landes hat es bereits wieder erreicht. Die westdeutschen Privat-Investitionen dürften 1967 bereits weitaus höher als die offiziell angegebenen 6 Mio. DM (gegenüber 3 Mio. DM im Jahre 1964) gewesen sein. Freilich sind sie im Vergleich zum ausländischen (fast durchweg US-Herkunft) Kapital von 123 Mio. US Dollar - das sind 80% der gesamten Anlagen in Guatemala - (Stand 1967) noch gering, wenn auch nicht weniger löhnend. Sicherlich dürften nicht so exorbitante Profite wie die jährlichen 70% der UFCO die Regel sein, aber sie liegen bei weitem höher als im eigenen Land, im allgemeinen zwischen 20 und 40%. Vor allem ist das westdeutsche Kapital an der Ausplünderung der reichen und noch nicht erschlossenen Bodenschätze Guatemalas interessiert: Öl, Nickel, Eisen, Schwefel, Uran. Seit Anfang April dieses Jahres ist eine weitere westdeutsche Expedition in Sachen Ausbeutung nach Guatemala und Mexiko unterwegs - zur Abwechslung diesmal organisiert vom Bund katholischer Unternehmer.

Westdeutsche Waffen zur Unterdrückung der Völker

Imperialistische Expansion erfordert militärische Sicherung. Ob es U-Boot-Lieferungen an Argentinien, Verkauf von Transall-Flugzeugen an Venezuela, Ausbildung brasilianischer und guatemalteckischer Polizeioffiziere, Counterinsurgency-Forschung in ganz La-

teinamerika durch die Friedrion Ebert Stiftung sind - überall beteiligt sich der westdeutsche Imperialismus tatkräftig und als engster Verbündeter des US-Imperialismus an der Unterdrückung der Völker Lateinamerikas. Auch hier kann er sich auf eine ruhmreiche blutige Tradition berufen: Schon vor dem ersten Weltkrieg versorgten Krupp und Mauser die Mehrzahl der Lateinamerikanischen Armeen mit Waffen, und vielfach wurden damals diese Staaten als "Kruppsches Monopolglacis" bezeichnet. Der Konkurrent USA, der eifersüchtig über seine Monopolstellung im Waffengeschäft mit seinen südamerikanischen Vasallen wacht, hat bislang eine ausgedehntere Beteiligung des neuen deutschen Imperialismus auf diesem Sektor unterbunden. So mißlang der Verkauf ausgerangierter Bundeswehrpanzer aus US-Produktion an Ecuador vor wenigen Monaten. Als "Ersatz" lieferten die USA dann einen Posten Panzerspähwagen an das ecuadorianische Regime. Für die revolutionären Bewegungen in Lateinamerika ist längst klar, daß ihr Kampf gegen den US-Imperialismus, den gegen seinen engsten Verbündeten, die Bundesrepublik, einschließt. Folgerichtig war die Entführung des westdeutschen Botschafters durch die FAR-Rebelle als Kampfmittel geeignet, um gefangene Genossen zu befreien. Das guatemalteckische Regime lehnte den Austausch nicht nur ab, sondern verschärfte die Situation sofort mit einer riesigen und fieberhaften Suchaktion. Die Genossen der FAR-Rebelle, die die Entführung durchführten, befangen sich, durch ihre Gefangenen erheblich in ihrer Bewegungsfreiheit behindert, somit in großer Gefahr. Sie beantworteten die Weigerung des Regimes mit der Erhöhung ihrer Forderungen auf die Freilassung von 22 gefangenen Revolutionären und der Zahlung von 700 000 US Dollar Lösegeld. Das guatemalteckische Militärregime lehnte erneut ab und begann mit brutalen Racheaktionen: bei einer angeblichen "Leuterei" im KZ-gleichen Gefängnis wurde einer der 22 Gefangenen erschossen. Die FAR-Rebelle gab daraufhin dem Regime noch einmal eine 15minütige Bedenkzeit, mit dem Hinweis, daß im erneuten Weigerungsfall der Botschafter sofort erschossen würde.

Daß die Revolutionäre den Botschafter erschossen, zeigt, daß sie sich mittlerweile in äußerster Bedrängnis befanden. Sie konnten keinerlei Interesse an seinem Tod haben, im Gegenteil: mit seinem Tod sind die 21 Gefangenen der Rache des Regimes preisgegeben und werden auf die eine oder andere Weise umgebracht werden.

Wenn die westdeutschen bourgeoisen Preßengel sich in Zeter- und Mordgeschrei überschlagen und von der 'Verletzung der fundamentalsten Gesetze der Menschlichkeit' (Scheel) salbadern, den Botschafter als 'unschuldiges Opfer' in den Märtyrerkimmel versetzen, vergessen sie natürlich hinzuzufügen: Opfer der mörderischen imperialistischen Politik der in Westdeutschland herrschenden Klasse. Denn die bürgerlich-liberale Theorie faßt nur die eine Seite: die Domäne des 'friedlichen Wettbewerbs', der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstrieche des Kapitals als mehr oder minder zufällige Äußerungen der 'auswärtigen Politik' von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen. In Wirklichkeit ist die politische Gewalt auch hier nur das Vehikel des ökonomischen Prozesses, die beiden Seiten der Kapitalakkumulation sind durch die Reproduktionsbedingungen des Kapitals selbst organisch miteinander verknüpft, erst zusammen ergeben sie die geschichtliche Laufbahn des Kapitals. Dieses kommt nicht bloß 'von Kopf bis Zeh' aus allen Poren 'Blut und Schmutz' 'riefend' zur Welt, sondern es setzt sich auch so Schritt für Schritt in der Welt durch und bereitet so, unter immer heftigeren konvulsischen Zuckungen, seinen eigenen Untergang vor." (Rosa Luxemburg)

PGI -Treffen Montag, 18.30h/Asta

Aus "Roter Pfeil" Tübingen